

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31302
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Dank-Konto: Stadtkass Dresden, Giro-Kasse Blasewitz Nr. 686
Postfach-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtstelle Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpöritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Er scheint täglich mit den Zeitungen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Harar-Worte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 6spaltige Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4spaltige Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvordrucken und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseritionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zellenpreis in Anrechnung gebracht. Abkottenspruch erlischt: b. verjährt. Zahlung, Klage od. Konfisk. d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

179

Dienstag, den 4. August

1925

Die Verkehrssteuern vor dem Reichstage

Die Parteien gegen die Maßnahmen des Reichsfinanzministers. — Endlose Debatten zwischen Regierung und Opposition im Reichstage. — Erweiterung des Reichskabinetts. — Flüchtlingselend.

Der Kampf um die Umsatzsteuer

(Eigener Informationsdienst.)

Die vom Reichsfinanzministerium in Aussicht gestellte Herabsetzung der Umsatzsteuer als Gegenmaßnahme gegen die Schulschulden findet in den parlamentarischen Kreisen wenig Anklang. Fast alle Parteien sind der Meinung, daß die Umsatzsteuer allmählich verschwinden müsse und daß ihre Aufrechterhaltung bis zu anderthalb Prozent für die Wirtschaft untragbar sei. Am Montag haben zwischen dem Reichsfinanzminister und den Parteien Besprechungen stattgefunden, die ergebnislos abgebrochen wurden. Es scheint, daß sich diesmal der Widerstand der Parteien gegen die Maßnahmen des Reichsfinanzministers viel härter deutlich machen wird, als bei anderen Gelegenheiten.

Ein neuer Minister der besetzten Gebiete

(Eigener Informationsdienst.)

Die die Blätter melden, steht die Ernennung des Zentrumsabgeordneten von Guérard zum Minister der besetzten Gebiete unmittelbar bevor. Abgeordneter von Guérard, der dem rechten Flügel des Zentrums angehört, ist geborener Rheinländer und verfügt über enge Beziehungen mit der rheinisch-westfälischen Industrie. Die Zentrumsfraktion hat von Guérard als Ministerkandidaten nominiert, nachdem der frühere Reichsfinanzminister Dr. Raas eine Berufung in das Reichskabinett abgelehnt haben.

Regierungserklärung über die Außenpolitik

(Eigener Informationsdienst.)

Wie wir hören, wird Außenminister Dr. Stresemann in einer der nächsten Reichstags-Sitzungen, außerhalb der Tagesordnung, das Wort ergreifen, um zu dem Ausweisungskontingente mit Polen Stellung zu nehmen. Im Anschluß daran werden die Parteien gegen die Maßnahmen der polnischen Regierung Protest erheben.

Sozialdemokratischer Protest gegen die Optantenausweisungen

Der Bezirksparteitag der Sozialdemokraten Großberlin nahm gestern eine Entschloßung an, in der schärfster Widerspruch gegen die allen menschlichen Empfindungen widersprechende Grausamkeit erhoben wird, mit der die polnische Regierung als Mittel im Kampfe um die Handelsverträge die Ausweisung vieler Tausender von Deutschen anwendet. Jedes geeignete Mittel müsse angewendet werden, um dieser unmenschlichen Grausamkeit entgegenzuwirken und den Notleidenden Hilfe zu bringen.

Deftige Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie

(Eigener Informationsdienst.)

In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem gemäßigten rechten und dem linken radikalen Flügel gekommen. Die Vereinbarungen, die die sozialdemokratische Fraktion hinsichtlich der Abführung der Steuer- und Zolldebatten mit den Regierungsparteien abgeschlossen hat, wurden von dem linken Flügel als eine Kapitulation bezeichnet, die zu einer unerträglichen Beschränkung der parlamentarischen Rechte führen würde. Die Wortführer des linken Flügels wollen sich daher an diese Vereinbarungen überhaupt nicht fügen. Auch wegen der Barmaffäre ist es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, da die radikale Rechte sich in der schärfsten Weise dagegen ausgesprochen hat, daß die

Das Drama in Schneidemühl

Severing über die Ursachen der Mängel

Der preussische Innenminister Severing erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern u. a.: Die Schuld an den wenig erfreulichen Zuständen im Schneidemühler Optantenlager trifft nicht die deutschen Behörden, weil nicht vorauszuweisen war, daß ein so harter Zutrom der Optanten nach Schneidemühl erfolgen werde, da die polnische Regierung das erforderliche Zahlenmaterial den zuständigen deutschen Stellen nicht rechtzeitig zugeleitet habe. Vom preussischen Innenministerium und von anderen Behörden seien im April d. J. Anfragen und Aufforderungen an die deutschen Optanten ergangen, ob sie gewillt seien, sich in der Landwirtschaft zu betätigen. Auf diese Anfragen seien gar keine oder nur spärliche Antworten eingegangen. Es seien deshalb keine zahlenmäßigen Unterlagen dafür vorhanden gewesen, ob und wieviel Familien durch die Hilfe ihrer Verwandten in Deutschland Unterkunft finden würden. So lasse es sich erklären, daß schließlich nicht genügend Unterkunftsplätze zur Verfügung standen.

Ein Regierungserlass

Der preussische Minister des Inneren, Severing, hat sofort nach seiner Rückkehr nach Berlin durch einen Anschlag im Lager Schneidemühl u. a. folgendes bekanntgegeben: Es wird von der preussischen Regierung alles daran gesetzt, um einmal den Abtransport eines erheblichen Teiles der Optanten in die einzelnen preussischen Regierungsbezirke hart zu beschleunigen, und sodann für die im Lager Zurückgebliebenen weitgehende Erleichterungen ihrer schwierigen Lage zu schaffen. Zu diesem Zwecke gehen noch am Dienstag, dem 4. August, an die preussischen Regierungspräsidenten einige dienstliche Anweisungen des Ministeriums des Inneren heraus, sofort alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die ihnen zugewiesene Zahl von Optanten in ihren Regierungsbezirken beruflich unterzubringen und mit Wohnungen zu versorgen. Voraussichtlich werden noch in dieser Woche 1500 bis 2000 Optanten auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilt werden, so daß eine erhebliche Entlastung des Lagers Schneidemühl eintritt. Im ganzen wurden bis jetzt schon Optanten mit einem Familienbestand von 5000 Personen beruflich untergebracht. Für die vorläufig im Lager Zurückgebliebenen sind zahlreiche Maßnahmen vorgesehen, die der Verbesserung der Unterkunft, der Unterbringung der Kranken und Kinder, der Sicherheit, der Unterbringung und Ablenkung, dem Sport und der Beratung der Vertriebenen dienen sollen.

sozialdemokratische Presse sich zum Beschützer Barmaffäre aufspielt.

Beruflicher Sturm auf die Leipziger Polizeiwache

Am Sonntag abend in der achten Stunde ist das Ueberfallkommando alarmiert worden, um bei einem Sturm der Roten Frontkämpfer auf die Polizeiwache im Hauptbahnhof in Leipzig einzugreifen. Eine große Anzahl von Teilnehmern am Roten Frontkämpfertag hatte sich auf dem Querbahnsteig des Hauptbahnhofes angesammelt und war mit den dort postierten Polizeibeamten in Konflikt geraten. Im Laufe der Streitigkeiten wurden die Polizeibeamten dadurch bedrängt, weil die Roten Frontkämpfer einen Sturm auf die Polizeiwache vorbereiteten. Es entstand eine große Schlägerei, die Menschenmenge wuchs auf mehrere hundert Personen an, die schließlich Sipps mit Gummiknüppeln den Platzäuberte. Wie wir

Sofortige Untersuchung gefordert

Die polnische Fraktion des Reichstages fordert in einem schleunigen Antrage eine Untersuchung darüber, welche Behörden die Verantwortung für die unerhörten Zustände im Schneidemühler Durchgangslager treffen. Weiter wird der sofortige Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Polen und die Ausweisung sämtlicher in Deutschland sich aufhaltenden Polen gefordert.

Englische Kritik

Die Berichte über die Behandlung der aus Polen ausgewiesenen deutschen Optanten werden von der englischen Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgt. Die englischen Zeitungen enthalten sich zwar für jeder Stellungnahme, drücken jedoch die Meinungen ihrer Korrespondenten in aller Ausführlichkeit ab. Der Berichterstatter der „Daily Mail“ weist auf den Gegensatz in der Behandlung der beiden kriegsgefangenen Staaten durch Deutschland und Polen hin und spricht von einem vollkommenen Zusammenbruch der Organisation für den Empfang der aus Polen zurückkehrenden Deutschen. Der „Times“-Korrespondent meint, die deutsche Regierung habe, obwohl sie elf Monate Zeit gehabt hätte, ihre entsprechenden Vorbereitungen offenbar bis zum letzten Augenblick verschoben. Die Hauptverantwortung für die schlechten Vorkehrungen falle auf den preussischen Innenminister Severing.

Die amerikanische Auffassung

Die polnische Ausweisungstrage wird in Amerika nach wie vor stark beachtet. Unverkennbar ist, daß die öffentliche Meinung mehr auf Seiten Polens steht. Deutschland trägt an dieser Auffassung eine gewisse Mitschuld. In New York gab beispielsweise der Geschäftsträger Polens eine lange Erklärung ab, die allseitig abgedruckt wurde. Offizielle deutsche Erklärungen blieben dagegen vollständig aus. Die außer geschickte Erklärung des polnischen Gesandten gipfelte darin, daß Polen das Recht zu den Ausweisungen auf Grund des Versailler Vertrages zühe. Es seien Verhandlungen unter den Auspizien des Völkerbundes in dieser Frage vorausgegangen. Die betroffenen Deutschen und die Reichsregierung hätten bereits seit Jahresfrist gewußt, was ihnen bevorstehe. Der von Deutschland und Polen anerkannte Schiedsrichter hätte einen Schiedsspruch gefällt, auf Grund dessen das Wiener Übereinkommen zwischen Deutschland und Polen zurückgenommen sei. Polen, das seit Jahren mit der Ausweisung gerechnet habe, habe alle Vorbereitungen hierfür seit langer Zeit getroffen.

hören, wurden bei der Schlägerei zwischen Polizei und Roten Frontkämpfern über 20 Personen verletzt, darunter zehn Polizeibeamte.

Russisch-französische Verständigung

(Eigener Informationsdienst.)

Im Zusammenhang mit den gegenwärtigen neuen russisch-französischen Schuldenverhandlungen verlautet, daß es den Bemühungen Krassin gelungen sein soll, eine wesentliche Annäherung zwischen den Auffassungen der beiden Regierungen zu erzielen. Krassin dem: he sich hauptsächlich um eine wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich, durch die Frankreich seinen früheren Einfluß auf die russische Wirtschaft zurückgewinnen könne. Die Angebote Krassin sollen in Frankreich einen äußerst günstigen Eindruck gemacht haben.

Was geht beim Zentrum vor?

In den führenden politischen Kreisen spricht man augenblicklich fast ausschließlich über gewisse Vorgänge in der Zentrumsfraktion, die darauf schließen lassen, daß es innerhalb der nächsten Monate zu einer Entscheidung darüber kommen wird, ob das Zentrum die Beziehungen zu den Weimarer Verfassungsparteien endgültig lockern und eine Annäherung an die Rechtsparteien vorziehen wird. Tritt dieser Fall ein, dann würde auf Jahre hinaus eine gemäßigtere Rechtspolitik im Reiche und in den Ländern sichergestellt sein, die erst bei den nächsten Reichstagswahlen vor eine neue parlamentarische Kraftprobe gestellt werden könnte. Diese Erörterungen sind vor allen Dingen dadurch entstanden, daß neuerdings der auf dem rechten Flügel der Partei stehende Zentrumsabgeordnete von Guérard als Minister in das Reichskabinett Luther berufen werden soll und damit seine Partei noch enger an die Regierung Luther binden dürfte. Noch vor wenigen Wochen hat sich das Zentrum geweigert, ein weiteres Ministerium im Kabinett Luther zu besetzen, weil es starke Bedenken dagegen hatte, seine neutrale Haltung im Reichstag dadurch aufzugeben. Nunmehr aber scheinen die Fraktionsvorstände des Zentrums endgültig dazu entschlossen zu sein, mit der Weimarer Politik zu brechen und den Rechtskurs im Reiche auf weite Sicht hinaus mitzumachen. Der linke Flügel der Partei, der dieser Entscheidung schroff ablehnend gegenübersteht, wehrt sich mit aller Kraft gegen eine solche Umstellung, aber zusehnd besteht keinerlei Aussicht darauf, den Gang der Ereignisse aufzuhalten. Auffallend ist die Tatsache, daß der Führer des linken Zentrums, der frühere Reichsfinanzminister Dr. Wirth, schon seit mehreren Tagen nicht mehr an den Reichstags-Sitzungen teilnimmt und wiederholt gesonderte Besprechungen der Arbeiterkreise seiner Partei einberief, um gegen die Politik der Fraktionsmehrheit energisch vorzugehen. Dem Einfluß Dr. Wirths dürfte es übrigens auch zuzuschreiben sein, wenn neuerdings die christlichen Gewerkschaften als Gegenwertung für die Schutzkette die Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer verlangt haben. Diese Forderung hat gewisse parlamentarische Schwierigkeiten hervorgerufen, die aber wahrscheinlich auf dem Kompromißwege wieder beseitigt werden können. Immerhin ist es nicht uninteressant, daß die gewerkschaftliche Richtung im Zentrum neuerdings eine sehr rührige Tätigkeit entfaltet, um auf die Entscheidung der Zentrumsvorstände einen wesentlichen Druck auszuüben. Da aber die Fraktionsmehrheit mehr denn je geneigt ist, in der innerpolitischen Entwicklung klare Entscheidungen herbeizuführen und auf jeden Fall neue Regierungskreisläufe zu vereiteln, werden die Arbeiterkreise der Partei zum Nachgeben gezwungen sein. Daß hierbei zwischen den einzelnen Richtungen im Zentrum gewisse Meinungsverschiedenheiten fortbestehen bleiben werden, ist unvermeidbar, aber die gegenwärtigen Führer des Zentrums glauben durch eine geschickte Politik ernsthafte Konflikte vermeiden zu können. Die demokratische Linke im Reichstag verfolgt die Vorgänge im Zentrum mit wachsender Beunruhigung und sucht neuerdings die Zentrumspolitiker dadurch zu beunruhigen, daß sie eine scharfe antiliterale Politik ankündigt. Einige Linksblätter beginnen bereits mit einer zentrumsfeindlichen Propaganda, indem sie von